



Dies ist eine Leseprobe des Tropen Verlags. Dieses Buch und unser gesamtes Programm finden Sie unter www.tropen.de

Die politische Debattenkultur ist in einer Sackgasse gefangen. Die Talkshow ist das anschaulichste Beispiel einer fehlerhaften Entwicklung, die sich sowohl im Alltag als auch im medialen Diskurs durchsetzt. Die Talkshowmaster behaupten, sowohl zu informieren als auch zu unterhalten, drehen sich jedoch in einer endlosen Dauerschleife um die gleichen Protagonisten und Thematiken. Statt gewinnbringend zu diskutieren, wird Politik so als zynische Aneinanderreihung von Kurzbotschaften inszeniert. Mittlerweile läuft der politische Betrieb selbst Gefahr, seinen Rhythmus den Programmplänen der großen Talkshows anzupassen. Die drängenden Fragen unserer Zeit stehen dabei nur selten auf dem Programmplan. Stattdessen wird ein lustloses und überraschungsarmes Bild von Politik vermittelt, von dem wir uns am liebsten abwenden wollen. Mit spitzer Feder und scharfer Zunge seziert Weber den profillosen Talkshowbetrieb, entlarvt die Manipulationsanfälligkeit der meinungsmachenden Medien und stellt ihren vernichtenden Einfluss auf unsere Debattenkultur heraus.

Oliver Weber

geboren 1997, ist Student der Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Artikel und Essays von ihm erschienen unter anderem in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, in »Geschichte der Gegenwart« und im »Mannheimer Morgen«.

talkshows hassen

EIN LETZTES
KRISENGESPRÄCH

oliver weber

TROPEN SACHBUCH

Tropen

www.tropen.de

© 2019 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung

Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Cover: Zero-Media.net, München

unter Verwendung einer Illustration von FinePic®, München

Autorenfoto S. 1: © privat

Gesetzt in den Tropen Studios, Leipzig

Gedruckt und gebunden von CPI – Clausen & Bosse, Leck

ISBN 978-3-608-50424-8

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

INHALT

VORSPANN	9
KAPITEL 1	
Talkshows hassen, weil sie ihr Potential nicht nutzen	15
Jeden Abend weiter so	17
Die Geburt der Talkshows in Weimar	20
Diskutieren lernen unter Militäraufsicht	23
Diskussionslust in der jungen Bundesrepublik	27
Der Verfall eines progressiven Formats	32
KAPITEL 2	
Talkshows hassen, weil sie politische Probleme falsch thematisieren	43
Die Debatte prägen, ohne es zu wissen	45
Wer bestimmt, über was wir reden?	51
Talkshows in der Flüchtlingskrise	57
Im nationalen Kokon	64

KAPITEL 3

Talkshows hassen, weil immer dieselben Personen in den Studios sitzen	73
Die Talkshow-WG	75
Sei dein Standpunkt – aber sei nicht mehr!	82
Die AfD in der Diskursmaschine	95

KAPITEL 4

Talkshows hassen, weil sie das Diskutieren verlernt haben	111
Punchline-Politik	113
Kommunikation in der marktkonformen Demokratie	119
Das Volk gegen TINA	126
Politische Unterhaltung?	135
Irritation und Bruch	138

ABSPANN	145
----------------	------------

BIBLIOGRAPHIE	153
----------------------	------------

CREDITS	155
----------------	------------

VORSPANN

Wie sähe wohl eine Diskussionsrunde aus, in der die großen politischen Talkshows des Landes ihr eigenes Format zum Thema machen würden? »Zwischen ewiger Wiederholung und entgleisten Diskussionen – Wie schädlich sind Talkshows?« oder »Hart aber fair und Anne Will – Hat Deutschland nur diese Wahl?« – so könnte der mit dramatischer Stimme eingesprochene Sendungstitel lauten. In der Runde würden vielleicht Günther Jauch und Anne Will sitzen – Ersterer, um vom Scheitern seines Formats zu berichten, Letztere, um ihre eigene Sendung zu verteidigen. Daneben würde Wolfgang Bosbach als kompetenter Talkshow-Dauergast Platz nehmen, zu dem sich Jörg Meuthen als ordentlich bestellter Kritiker des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesellte. Zum politischen Ausgleich dürfte natürlich auch Sahra Wagenknecht nicht fehlen, die schon so viele Talkshows bestritten hat, dass eine exakte Zählung beinahe unmöglich ist.

Wenn man dem hiesigen Talkshowbetrieb ein solches Ausmaß an Selbstreflexion zutraut, fällt es nicht schwer, sich auch den Verlauf einer derartigen Diskussion auszumalen. Die einen würden wohl betonen, dass Talk-

shows ja auch wichtige Bildungsarbeit leisteten, die anderen würden energisch auf den Unterhaltungscharakter der Shows hinweisen, Günther Jauch würde ein paar bedächtige Worte über die Schwierigkeit verlieren, »in den heutigen Zeiten« noch ein vernünftiges Gespräch zu führen, und Jörg Meuthen wohl unvermeidlich die Ideologiekarte spielen, um dem ganzen Medienbetrieb eine linksgrüne Voreingenommenheit zu unterstellen. Diese fiktive Diskussionsrunde hätte eine übliche Zuschauerquote, was die Verantwortlichen bei ARD und ZDF dazu ermuntern würde, selbstgenügsam von einem »kontroversen Gespräch« zu reden und – ungeachtet der Diskussionsergebnisse – Anne Will, Frank Plasberg, Maybrit Illner und Sandra Maischberger ein freundliches »Weiter so« zu empfehlen.

Die Fiktion führt vor Augen, wie schwierig es ist, dass in einer Talkshow die Probleme politischer Talkshows auch nur ansatzweise angemessen thematisiert werden können. Immer dieselben Gäste, die über ewig gleiche Themen nicht mit-, sondern aneinander vorbeireden, um mittels einer lustlosen Rhetorik ihre politischen Botschaften an das Publikum zu vermitteln – diese etablierte Form des medialen politischen Sprechens verhindert eine angemessene Verständigung über die politische Situation der Republik. Diesem Umstand die notwendige Aufmerksamkeit und, ja, auch davon genervte Kritik entgegenzubringen, ist Anspruch dieses Essays. Die wissenschaftliche Literatur zum behandelten Thema ist dafür vielfach miteingeflossen. Weil dieses Essay sich aber an ein breiteres Publikum wendet, wurde im Fol-

genden auf Fußnoten verzichtet. Ein Literaturüberblick, zum Überprüfen oder Weiterlesen, findet der interessierte Leser in der angehängten Bibliographie.

Wenn man Talkshows kritisiert, muss man sich stets vor Augen halten, dass die Abneigung gegen jene Art des öffentlichen Redens von Anfang an zur Geschichte des Fernsehformats gehört. Zuschauer empören sich über die Inszenierung des Geschehens, Politiker schimpfen über unfaire Darstellungen, Moderatoren klagen, dass das Gespräch schon wieder entglitten ist, und gebildete Zeitungsleser lachen über die Oberflächlichkeit des geschmähten Konkurrenzmediums. Zumindest hierin sind sich alle einig. Über einen Mangel an Kritik können sich die Talkshowmacher wahrscheinlich nicht beklagen. Aber wie reagieren sie darauf? Die übliche Verteidigung ist defensiv: Man wisse ja um die Fehler und Probleme der Talkshow, der Normalbürger wolle aber nun mal ein Format, das nicht nur gut informiert, sondern auch unterhält, Konflikte hervorruft und an die Gefühle appelliert. Deswegen bleibt am Ende alles, wie es immer war. Eine alte Talkshow wird ab-, eine neue eingesetzt. Dieselben Themen, dieselben Gäste, anderes Studio.

Wenn es etwas gibt, was die politischen Talkshows am wenigsten vermögen, dann ist das zu unterhalten. Nichts ist langweiliger als das ewige Hin und Her von öffentlichen Personen, deren Standpunkte und Charaktereigenschaften dem Publikum längst bekannt sind. Die immer gleichen Themen in minimalsten Variationen sind geradezu das Geheimrezept für Apathie. Wer kann schon behaupten, die letzte *Anne Will*-Ausstrahlung habe

ihn in irgendeiner Weise mitgerissen? Nicht der Show-Charakter ist das Hauptproblem der Talkshow, sondern das ewige Bestreben, ihre politische Lustlosigkeit als Rationalität zu verkaufen.

Eben jene politische Lustlosigkeit der großen Talkshows dieses Landes ist in mehrfacher Hinsicht zu beklagen. Schon deshalb, weil die Geschichte des Formats eigentlich eine ruhmreiche ist. Politische Gesprächsendungen haben nach dem Zweiten Weltkrieg nicht unwesentlich zum Aufbau einer demokratischen Kultur in der Bundesrepublik beigetragen. Von diesem aufklärerischen Auftrag ist nicht viel übriggeblieben. Das zeigt sich schon an den diskutierten Themen, die nicht nur völlig unreflektiert gesetzt, sondern auch auf eine extrem einfältige Art und Weise zur Sprache gebracht werden. Der Kreis der Personen, die in den Diskussionsrunden sitzen, ist so klein, dass noch nicht einmal ein repräsentatives Abbild des Berliner Politikbetriebs entsteht, geschweige denn eine angemessene Darstellung der gesamtdeutschen oder gar europäischen Politik. Die Diskussionen selbst unterliegen einer steifen Rollenlogik und unabänderlichen Kommunikationsprinzipien, die jede offene, wirklich demokratische Diskussion unmöglich machen.

Talkshows vermitteln ein Bild des Politischen, das nicht nur zynisch, verengt und erstarrt ist, sondern auch erschreckend lustlos, überraschungsarm und langweilig. Dass aus einer derart schiefen Darstellung von Politik Ressentiments entstehen, die viele Zuschauer zu misstrauischer Distanz zum politischen Betrieb bewegen, ist

kaum verwunderlich. Wenn exakt dieselben Ressentiments einige Jahre später, in Gestalt von Vertretern einer rechtspopulistischen Partei, selbst in den Diskussionsrunden Platz nehmen, um von dort die Art und Weise der Diskussion weiter zu sabotieren, ist das zwar eine feine Ironie der Debattenkultur, aber nicht wirklich überraschend.

Stören sollte diese unheilbringende Situation allerdings! Politische Talkshows sind ein zentraler Ort des öffentlichen Gesprächs. Rund drei bis vier Millionen Zuschauer erreichen die großen Formate *Anne Will*, *Maybrit Illner*, *Maischberger* und *Hart aber fair* wöchentlich mit ihren Shows. Die Produktionen der Berliner und Kölner Studios ziehen aber nicht nur ein außerordentlich großes, politisch interessiertes Publikum an, dort ballt sich außerdem eine gewaltige politische und mediale Prominenz, um – zumindest dem Anschein nach – Woche für Woche über Themen zu diskutieren, die der Nation unter den Nägeln brennen.

Es ist an der Zeit, sich von der politischen Lustlosigkeit des Talkshowbetriebs zu befreien, Debatten nicht mehr einem kleinen Club bekannter Fernsehgesichter zu überlassen, sich neuen Perspektiven auf die großen Probleme der Gegenwart zu öffnen, sich von Politik wieder irritieren zu lassen und jeder Verformung des Politischen einen lebendigeren Entwurf gegenüberzustellen. Der Hass auf politische Talkshows ist mehr als nur destruktive Emotion. Richtig verstanden reinigt er von einem fernsehmedialen Zynismus des Politischen, der Meinungsbildung und Diskussion nur als sich ewig wie-

derholende und gleichförmige Konventionen kennt, die weite Teile des Diskurses vergessen, ausblenden und so jede angemessene Thematisierung echter Probleme im Keim ersticken. Wann, wenn nicht jetzt, wäre die Zeit dafür gekommen?

KAPITEL 1

Talkshows hassen, weil sie ihr
Potential nicht nutzen

Jeden Abend weiter so

Von Diskussionssendungen könnte man erwarten, dass sie in der Lage sind, sich selbst kritisch zu hinterfragen. Immerhin sollte es zum Grundgebot jeder Sendung gehören, die eigene These neben andere zu stellen und zu prüfen. Für die Macher der Talkshow gilt das nicht. Nachdem im Juni 2018 *Maischberger* ankündigte, eine Ausgabe zur Leitfrage: »Sind wir zu tolerant gegenüber dem Islam?« zu senden, entbrannte eine breite Debatte über den Sinn und Nutzen politischer Talkshows. Der Titel bot reichlich Anlass dazu. Die strenge Gegenüberstellung eines ominösen »Wir« und des Islams, die eindeutig negative Konnotation, vor allem aber die Penetranz, mit der das Thema auf die öffentliche Agenda gesetzt wurde und wird.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, forderte daraufhin von den Produzenten, sie sollten sich eine »einjährige Auszeit nehmen und ihre Konzeptionen überarbeiten«. Zahlreiche Politiker, Journalisten und auch Zuschauer stimmten online in den Chor der Kritik ein. Die Talkshowmacher aber reagierten mit einem selbstbewussten Weiter-So. Der neue Sendungstitel lautete: »Die Islamdebatte: Wo endet die Tole-

ranz?«. Offensichtlich glaubte die Redaktion, damit die eigene Pflicht erfüllt zu haben. Dasselbe Thema, dieselben Gäste, anderer Name. Das ist in der Tat ein sehr verkürztes Verständnis politischer Debatten.

Die üblichen Verteidigungsreden der Talkshowmacher beinhalten immer dieselben Formeln. Der Islam sei nun mal ein gesellschaftlich kontrovers diskutiertes Thema und man erfülle ja nur den eigenen Programmauftrag, wenn man diese Debatte punktgenau öffentlich abbilde. Außerdem seien ja Vertreter beider Seiten eingeladen gewesen.

Jeder einzelne dieser Punkte hat seine Berechtigung. Talkshows sollen kontrovers sein, sie sollen relevante Themen aufgreifen und in ihrem Für und Wider darstellen. Erstaunlich ist nur, dass sich der Anspruch der Talkshows darin erschöpft. Allein an diesem Maß gemessen, hätte auch jeder Stammtisch des Landes einen eigenen Sendeplatz verdient. Dass ein politisches Gespräch auch mitreißend, augenöffnend, horizonterweiternd sein kann, scheint noch nicht nach Köln und Berlin durchgedrungen zu sein.

Dabei barg gerade die genannte Islamsendung in dieser Hinsicht viel Potential. Direkt vor der Ausstrahlung der *Maischberger*-Ausgabe sendete die ARD eine geistreiche Verfilmung von Michel Houellebecqs Bestseller *Unterwerfung*. Titus Selge schrieb das Drehbuch und führte Regie. Seine Fernsehadaptation kombiniert Ausschnitte der gefeierten gleichnamigen Theaterinszenierung von Karin Beier am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg mit neuen Filmszenen in einem ungewöhn-

lichen und innovativen Format. Der Film eröffnet dem Zuschauer einen Deutungsraum voller Ambivalenzen und Reflexionen: Er handelt vom akademischen Milieu in Paris, von Selbstgefälligkeit, Misogynie, Demokratievergessenheit, vom Sattsein eines zynischen Mannes, von religiösen und sozialen Konflikten – und einer Gesellschaft, die sie nicht lösen kann. Bei *Maischberger* diskutierte man anschließend über die deutsche Gepflogenheit des Händeschüttelns, über Sankt-Martins-Umzüge, die ihres Namens beraubt wurden, und natürlich Flüchtlinge. So schießt sich ein Format in die Irrelevanz, bei gleichzeitiger maximaler Relevanzsuggestion.

Wie könnte die öffentliche Diskussion über Politik aussehen? Verfolgt man das allabendliche Talkshowgeschehen und seine anschließende Rechtfertigung, kommt das Gefühl auf, die Talkshowmacher wären die Letzten, die auf diese Frage eine Antwort parat haben. Kennen die Fernsehredakteure und -moderatoren eigentlich das Potential und die Bedeutung ihres Formats?

In einer Juniausgabe der *Zeit* von 2018 machte Sandra Maischberger den gegenteiligen Eindruck. Den Kritikern ihrer Sendung entgegnete sie, sie würden einer »Eindeutigkeitsillusion« unterliegen und unterschätzen, dass Politik nun einmal Streit bedeute. »Wenn wir früher eine schlechte Sendung produziert haben, ernteten wir harsche Kritik. Wenn heute eine Sendung nicht gelingt, gefährden wir gleich den Fortbestand der Demokratie. Wenn früher in einer Sendung Diskutanten leidenschaftlich aneinandergerieten ... wurde das als Zeichen

eines wahrhaftigen Austauschs gefeiert. Heute wird es als Krawall abgetan.«

Mit dieser Haltung steht sie nicht allein. Frank Plasberg, der Moderator von *Hart aber fair* betonte 2017 im *Spiegel* nachdrücklich: »Ich habe keinen volkspädagogischen Auftrag. Ich will auch nicht die Demokratie heilen.« Diese Anspruchsminimierung ist bemerkenswert, weil sie vollkommen fehl geht. Politischer Streit vor einem Millionenpublikum soll nichts mit dem Fortbestand der Demokratie zu tun haben? Vor einigen Jahren, als das Land noch fern davon war, so politisiert zu sein wie heute, mag das annähernd zutreffend gewesen sein. Heute stimmt es weniger denn je. Für viele Zuschauer sind Talkshows ein wesentlicher Zugang zur Welt der Politik. Als solcher kann die Talkshow demokratische Praxis vorleben oder der Lächerlichkeit preisgeben. Den Verantwortlichen fehlt dafür jegliches Bewusstsein.

Die Geburt der Talkshows in Weimar

Das fehlende historische Bewusstsein für das Potential des Formats ist in Anbetracht dessen aufklärerischer Geschichte umso erstaunlicher. Die Ausweitung und Pluralisierung des politischen Gesprächs waren von Anfang an mit der Demokratie verwoben. Das zeigte sich schon in der Weimarer Republik. Der Rundfunk stand in dieser Zeit unter dem strengen Regiment von regierungsnahen Überwachungsausschüssen. Das Radio

wurde eher als Instrument der Staatsverwaltung denn als neues demokratisches Kommunikationsmittel betrachtet. Somit waren die Rundfunkanstalten von Beginn an starker Zensur unterworfen, die auf Überparteilichkeit und politische Neutralität bedacht war. Im Ergebnis entstand ein neues Massenmedium, das über Politisches nur sehr sporadisch und schon gar nicht meinungsbildend sprach. Wenn im Radio über Politik geredet wurde, dann ab den späten 1920er Jahren in Form von Parteivorträgen und Wahlkampfansprachen.

In diesem für die Republik unglücklichen Meer aus Neutralitätssuggestion und politischer Propaganda waren die wenigen aufkommenden Gesprächssendungen eine Insel der demokratischen Praxis: *Deutsche Welle* und *Frankfurter Rundfunkgesellschaft* begannen im November 1927 unter der großen Koalition mit der Ausstrahlung der Sendereihe *Gedanken zur Zeit*, die gemäß den Programmrichtlinien »in Vorträgen und Gesprächen aktuelle Tagesfragen« behandeln sollte, »die im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung stehen; Fragen, die breiteste Kreise der Bevölkerung bewegen und deren kontradiktorische Behandlung geeignet ist, aufklärend zu wirken und dem Einzelnen die Möglichkeit der eigenen Meinungsbildung zu erleichtern«.

In nacheinander gehaltenen Pro- und Contra-Vorträgen oder politischen Gesprächen diskutierten in den folgenden Jahren etwa Fritz Naphtali (SPD) und Leon Zeitlin (DDP) über »Wirtschaftsdemokratie«, Erich Koch-Weser (DDP) und Artur Mahraun über »Parlamentarismus, wie er ist und wie er sein sollte« oder Paul

Baecker (DNVP) und Wilhelm Heile (DDP) zum Thema »Vereinigte Staaten von Europa – eine Utopie?«. Das Nebeneinanderstellen politischer Meinungen machte diese erst in ihrer Parteilichkeit sichtbar und stellte statt des Wahrheitsanspruchs einer Weltanschauung das Pluralitätsprinzip in den Mittelpunkt. Das war ein Novum im deutschen Rundfunk und in gewissem Sinn auch ein Novum für die Republik.

Wesentlich verantwortlich dafür war Hans Flesch, der Leiter der *Frankfurter Rundfunkgesellschaft*. Er begründete 1930 in seiner Neujahrsansprache das neue Diskussionsformat geschickt, indem er den unstrittigen Bildungsgedanken mit dem politischen Pluralismus verband: »Dem Hörer soll ein wirkliches Bild des politischen Lebens vermittelt werden, an dem er lernen kann und das ihn selber urteilen läßt. Der Sender, der die verschiedenen Richtungen zu Worte kommen läßt, hat daher zu sorgen, daß sein Programm als Ganzes neutral bleibt.«

Nach Fleschs Konzept sollte die Überparteilichkeit des Rundfunks nicht mehr auf Entpolitisierung hinauslaufen, sondern sich – im Gegenteil – im Zu-Wort-kommen-Lassen der demokratischen Parteienvielfalt manifestieren. Darin lag die große Innovationsleistung des Formats *Gedanken zur Zeit* – einem Vorläufer heutiger Talkshows.

Unter nationalsozialistischer Herrschaft verschwanden die aufkommenden Gesprächs- und Diskussions-sendungen wieder aus dem Rundfunkprogramm. Die nationalsozialistische Diktatur vereinnahmte die Sende-

anstellen komplett für sich. In einer Habilitationsschrift mit dem Titel *Der Rundfunk als Führungsmittel* schmähte der Medienwissenschaftler Gerhard Eckert 1941 das Prinzip des Diskussionsformats als »sprechendsten Ausdruck jener liberalistischen Sowohl-als-auch-Haltung, der die Meinungsfreiheit wichtiger war als die Verbreitung klarer und allen einleuchtender Grundsätze. Es braucht kaum hinzugefügt werden, daß für diese Art von Zwiegespräch heute kein Platz mehr im Rundfunk ist. Mit der Überwindung des politischen Dualismus war auch die Zeit des Zwiegesprächs untergegangen«.

In der Weimarer Zeit waren die Vorläufer der Talkshows ein kleines Aufleuchten des Pluralismus gewesen, das abgeschafft wurde, als dieser Pluralismus beseitigt war. Man muss die heutige Situation nicht mit Weimar gleichsetzen, um zu erkennen, dass den heutigen Talkshows in ihrer politischen Breitenwirkung eine demokratische Pflicht zukommt.

Diskutieren lernen unter Militäraufsicht

Wenn heutige Fernsehredaktionen über politische Talkshows reden, als handle es sich um Fernsehformate, denen keine besondere Bedeutung in einer Demokratie zukommt, liegen sie damit falsch. Hinter modernen Talksendungen liegt eine lange Geschichte der Demokratisierung. Eine Geschichte, die auch als Auftrag verstanden werden sollte.

Als die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg began-

nen, die Überreste des deutschen Rundfunkwesens zu kontrollieren, spielte das Wort »discussion« eine wichtige Rolle. Schon in den Kriegsgefangenenlagern riefen die Amerikaner »Prisoner of War Schools« ins Leben, um nationalsozialistisch nicht belastete, talentierte deutsche Soldaten in »democratic leadership« auszubilden. Ein wesentliches Element des Trainingsprogramms waren Gruppendiskussionen. Doch die Methode war mehr als nur Mittel zum Zweck. Die Alliierten betrachteten diese Form der politischen Auseinandersetzung als geeignete Möglichkeit, um den Deutschen freiheitliche und demokratische Ideale zu vermitteln.

Der amerikanische Militärgouverneur General Clay verschickte 1947 intern ein Memorandum, in dem er für die Ausweitung von Diskussionsformaten in den kontrollierten Radiosendern plädierte. Das ausgewiesene Ziel: »to promote democratic attitudes and thinking«. In mehreren deutschen Großstädten veranstaltete die amerikanische Militärbehörde in den Nachkriegsjahren also demokratische Einstellungen fördernde Diskussionsveranstaltungen, die von der Bevölkerung mancherorts boykottiert wurden, zum Teil aber auch großen Zulauf erfuhren. Die Teilnehmer thematisierten etwa die Preispolitik oder den Wiederaufbau der Städte. Das Format der öffentlichen politischen Diskussion war den Deutschen zwar prinzipiell bekannt, doch die Praxis erlag noch in der Weimarer Republik einer zunehmenden Polarisierung, bis sie im »Dritten Reich« dann vollends beseitigt wurde. Umso wichtiger war es, sie neu zu erlernen.